

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Die Geldsäcke umfairteilen!

Insgesamt 40 000 Menschen sind am 29. September in diesem Land mit unterschiedlichen Aktionsformen auf die Straße gegangen und haben der Forderung "Umfairteilen - Reichtum besteuern!" Nachdruck verliehen. Die Zahl der Demonstrantinnen und De-

ausforderung stellten sich auch die GenossInnen der DKP Hamburg, die das Hamburger Bündnis unterstützt - übrigens wohl der einzige Landes-/Bezirksverband, der sich auch in dieser Form an der Vorbereitung und Planung in einer der Kernstädte der

Eingang des Rathauses fanden. Den Abschluss bildete eine Kundgebung, auf der RednerInnen von Gewerkschaft und BündnisvertreterInnen noch einmal ihre Forderungen darstellten, auf der auch Hamburger KünstlerInnen in der Sprache der Kultur ein Umverteilen forderten. Als Abschlussredner dieses Tages gehörte die Bühne dem Genossen Alexis Tsipras, dem Fraktionsvorsitzenden des Wahlbündnisses Syriza im Parlament in Griechenland. Neben der Darstellung der Situation in Griechenland, machte er deutlich, dass von denen von uns abgezockten Gelder durch die Maßnahmen der Regierungen der Eurozone, kein Geld bei den Menschen in Griechenland ankommt, sondern nur weiter die Banken und Finanzmärkte davon profitieren, der Kapitalismus u. a. damit saniert und am Leben erhalten wird. Er warb für ein stärkeres gemeinsames Vorgehen der Bevölkerungen Europas gegen den Fiskalpakt und die EU und erklärte, dass Europa sozial und demokratisch werden muss.



Auf der Demonstration vor dem Hamburger Rathaus zeigen Hamburger und Schleswig-Holsteiner GenossInnen der DKP am 29. September Flagge.

monstranten ist sicher ausbaufähig. Trotzdem können wir feststellen, dass neben den zentral angestrebten Aktionsorten eine ganze Reihe weiterer Aktivitäten in vielen anderen Städten und Orten zusätzlich durchgeführt wurden. In Hamburg fand mit 7000 TeilnehmerInnen eine der größten Demonstrationen statt. Nach einer Auftaktkundgebung wurden das Rathaus und die in Nachbarschaft befindliche Börse mit einer Menschenkette umzingelt. Dieser Her-

Aktionen einbrachte. Der gemeinsam mit GenossInnen aus Schleswig-Holstein gestaltete Abschnitt wurde als der bestorganisierte von der Bühne gewürdigt. Die DKP trat mit Transparenten, Fahnen, einem Infostand, der Verteilung der UZ-Extra und einem Flugblatt zu den Hamburger Forderungen und der Aufforderung "Her mit den Milliarden" auf und fand Zustimmung. Aus der Börse heraus kamen Geldsäcke, die über die Menschenkette ihren Weg zum

Es gab viel Zustimmung zur Rede Tsipras. Viele haben erkannt, dass wir nur erfolgreich sein werden, wenn wir gemeinsamen Widerstand entwickeln. Dazu gehört die Zusammenarbeit in sozialen Bündnissen, in den Gewerkschaften und in den Betrieben weiter zu entwickeln. Dazu gehört die Diskussion mit KollegInnen und die Aufforderung und Ermutigung zu tätiger Unterstützung. Machen wir in den Debatten unsere Positionen deutlich. Nutzen wir diesen Aktionstag als Ausgangspunkt für weitere Aktivitäten, im Interesse der Mehrheit der Menschen.

Bettina Jürgensen

Campusbad: Eine Stadt geht baden

Höhere Eintrittspreise, negative Presse und eine schlummernde Pleite: das ist momentan der Stand in Sachen Campusbad. Stück für Stück offenbaren Verwaltung und Betreiber die schlimmen Konsequenzen des so genannten ÖPP-Projektes Campusbad. Die Öffentlich-Private-Partnerschaft (ÖPP) ist eben keine gleichberechtigte Beziehung, sondern ein Ausbeuterverhältnis zwischen den Investoren-Haien auf der einen Seite und den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern auf der anderen. Darauf hatte auch die DKP Flensburg in ihrer Kleinzeitung „Blickpunkt“ im November 2006 bereits hingewiesen.

riert belächelt. „Übers Ohr gehauen“ (DKP-Blickpunkt Nr. 39, November 2006)? Nein. Die Stadt bleibe doch Herrin des Verfahrens. „Absicherung des Risikos“ (ebenda)? Nicht nötig, weil die Verträge alle wasserdicht seien. Baumängel (ebenda)? Ja, schon. Aber dafür stehe doch der Betreiber in der Schuld.

Nach wenigen Jahren, früher als erwartet kommt der Showdown. Das Schlusskapitel.

Die Stadt muss für alles bezahlen und zwar ein Vielfaches von dem, was sie ohne Partner hätte aufbringen müssen. Sie hat nicht nur zwei Bäder: das alte Hallenbad, dessen Schicksal immer noch nicht klar ist (Privatisierung, Ärztehaus oder wird es doch wieder

Angesichts der drohenden Schließung und des enormen Schuldendienstes verbietet sich jeder Triumph, genau diese Misere bereits vor sechs (!) Jahre vorausgesagt zu haben. Dabei hat sich inzwischen herumgesprochen, dass ÖPP-Projekte wie Haustür-Geschäfte funktionieren, wo mit klingenden Worten und einer gewissen Überumpelung gearbeitet wird. Die Investoren gaukeln den staatlichen Entscheidern Gemeinsamkeiten vor, die es tatsächlich überhaupt nicht gibt. Profit lässt sich nämlich nicht teilen. Während der Staat aufs Gemeinwohl bedacht ist, maximieren die Investoren den Profit. Das passt nicht zusammen. Dementsprechend fällt die ÖPP-Gesamtbilanz deutschlandweit negativ aus: Enorme Kostensteigerungen, Kollateralschäden (zuletzt die gefällten Bäume an der Strecke zwischen Ellund und Süderlügum) und jede Menge roter Zahlen. Gemeinsam auch allen ÖPP-Projekten: Euphorie zum Projektstart. Die scheint einfach dazugehören, wie der Kater danach.

Das einzige, bekannte Mittel gegen das zwangsläufige Horror-Ende wären transparente Vertragsgestaltungen und eine demokratische Einbindung der Betroffenen gewesen. Die Einbindung der Flensburgerinnen und Flensburger in das Entscheidungsfindungsverfahren (DKP-Blickpunkt Nr.39, November 2006) wollte man aber ausdrücklich nicht. Zu scheu die zarten Investoren, zu kompliziert die Verfahren, hieß es aus dem Rathaus. So wurde letztlich ein Vertrag mit Pferdefuß unterschrieben. Die Stadt Flensburg kann die Verbindlichkeiten nämlich nicht ablösen. Sie ist also auf Gedeih und Verderb auf die Investoren angewiesen.

Auch das keine Überraschung. Steht vorne im Weißbuch!

Und die „Commerzreal“? Deren Manager schwatzen gerade einer anderen Stadt, einem anderen Bürgermeister ein vermeintlich lukratives ÖPP-Projekt auf. So beginnt das Spiel wieder von vorn. Wie jedermann leicht googeln kann, sind jetzt die Leitungsnetze dran, die in öffentlich-privater Partnerschaft ausgebaut werden sollen. Strom ist ja auch viel profitabler als popelige Hallenbäder. Strom kann man nämlich nicht abstellen, wenn eine Stadt oder ein Landkreis die Kredite für die Leitungen nicht mehr zahlen kann. Der Horror geht weiter.



Es ist alles so gekommen, wie befürchtet. Und noch ein bisschen schlimmer!

Das Bürgermeister-Tscheuschner-Bad auf dem Campus ist nämlich seit seiner hastigen Grundsteinlegung ein Lehrstück aus dem Kapitalismus-Weißbuch. Am Anfang steht der Traum einer mittelgroßen Stadt ohne nennenswerte Finanzreserven von einem Prestige-Bad. Dann stellen sich kapitalstarke Investoren ein, die mittels viel Powerpoint-Präsentationen, bunten so-könnte-das-alles-mal-aussehen-Bildern und noch mehr schnieken Anzügen die nötigen Finanzmittel nicht nur in Aussicht stellen, sondern regelrecht aufdrängen. Warnungen werden dabei als kleinka-

aktiviert?) und das neue Campusbad (Privatisierung, Verstaatlichung oder Investitionsruine?), sondern auch noch Millionen-Verpflichtungen an die „Commerzreal“, eine Tochter der staatsfinanzierten Commerzbank, und deren Tochter „Mabana“. Die „Mabana“ streicht 200.000 Euro im Jahr ein und man fragt sich, für welche Gegenleistung? Das steht nur im Kleingedruckten. Zumindest die demokratisch gewählten Ratsmitglieder fielen über die Höhe der Summe aus allen Wolken. Allerdings, auch ihnen sind die Hände gebunden. Wenn „Mabana“ pleite geht, wird der Schlüssel umgedreht – schließlich läuft über sie die Betriebsverpflichtung. Das bedeutet: Bad zu und die Schulden laufen weiter – immerhin 25 Jahre.

An den Bedürfnissen der Kinder vorbei

Zur Debatte um das Kinderbetreuungsgeld

Kinderbetreuung ist als zusammenfassender Begriff für die pflegende, beaufsichtigende, erzieherische Tätigkeit Erwachsener gegenüber Kindern zu verstehen. In der Elternschaft findet im Idealfall pflegende, beaufsichtigende und erzieherische Tätigkeit Erwachsener gegenüber den Kindern statt und gemäß Artikel 6 II Grundgesetz sind die Eltern dazu berechtigt, vor allem aber verpflichtet, dabei aber frei in der Ausübung in den Grenzen des staatlichen „Wächteramtes“. Eltern haben sich nicht an Bildungs- und Erziehungspläne zu halten, sie sind nicht dazu verpflichtet eine ganzheitliche Förderung der Kinder zu betreiben oder Erziehungsziele zu verfolgen. Im Idealfall fördern die Eltern die Kinder frühzeitig und ganzheitlich und bieten ihnen emotionale Wärme und Geborgenheit, interessieren sich für ihre Belange, lassen sie mitentscheiden achten sie und berücksichtigen die kindlichen Bedürfnisse, im weniger idealen Fall sind Eltern nur teilweise oder gar nicht dazu in der Lage, so dass beim Aufwachen bei den Eltern es eher dem Zufall überlassen ist, wie Kinder bei ihren Eltern aufgehoben sind.

Die Versorgung der Kinder in öffentlichen Kinderbildungsstätten und in der staatlich subventionierten und kontrollierten Kinderbetreuung ist weniger dem Zufall überlassen, da diese Einrichtungen dazu verpflichtet sind, Kinderbetreuung über intentionale Erziehungs- und Bildungspläne als bewußten, gesteuerten und zielgerichteten Prozeß zu verstehen, der durch Fachpersonal erfolgt und die öffentliche Hand überprüfen kann, ob die zweckgebundenen und zugewendeten Leistungen auch tatsächlich für den förderungswürdigen Zweck eingesetzt werden. Während das pädagogische Fachpersonal in der Aufsichtspflicht und der Erziehung „Fahrlässigkeit“ zu vertreten hat, sind Eltern privilegiert und haften nur für die „eigenübliche Sorgfalt“.

Das Kindergeld und auch das künftige Kinderbetreuungsgeld sind Geschen-

ke der öffentlichen Hand an die Eltern, denn die öffentliche Hand überprüft nicht, ob das Kindergeld, auch wenn es so heißt, für die Förderung der Kinder verwendet wird, Eltern können uneingeschränkt und frei wie bei einem Geschenk darüber verfügen. Alle anderen Leistungsempfänger der öffentlichen Hand wie Menschen, die aufgrund einer Behinderung oder Krankheit ergänzend zur Erwerbsunfähigkeitsrente Grundsicherung bekommen oder Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld II müssen ihre Bedürftigkeit nachweisen, Eltern bekommen Kindergeld und sollen auch Kinderbetreuungsgeld unabhängig von ihrem Einkommen und ihrer Bedürftigkeit bekommen. Eltern sollen also für ihre natürliche Aufgabe, ihre Kinder zu versorgen, pauschal entlohnt werden ohne dabei die Qualität der Gegenleistung einzuschätzen oder überhaupt eine einfordern zu können, wie es sonst bei Erwerbsarbeit üblich ist.

Während Millionen an Steuergeldern für das Kinderbetreuungsgeld zur Verfügung stehen, ohne dass die Eltern Bedürftigkeit nachweisen müssen, werden die öffentlichen Zuwendungen für Weihnachtsgeschenke für Heimkinder gestrichen, leben wohnungslose Kinder auf der Straße, gibt es unbegleitete minderjährige Flüchtlingskinder und Kinder von Asylbewerbern, über die nicht debattiert wird, wie ihre Not gelindert werden kann und wie ihre kindgerechten Bedürfnisse berücksichtigt werden können. Sollten wir denn nicht zuerst diejenigen versorgen, die es am dringendsten brauchen?

Mitte Juni 2012 hat die Süddeutsche Zeitung berichtet, dass 6 Prozent der Jugendlichen keinen Schulabschluß haben und das ist doch das Ergebnis der Sparmaßnahmen im Bildungsbereich und ganz offensichtlich sind doch die Eltern nicht in der Lage, die Sparmaßnahmen im öffentlichen Bildungsbereich mit ihrer privaten und zufälligen Förderung und Versorgung aufzufangen..

Wäre es denn dann nicht sinnvoller, das bundesstaatliche Geld in die bereits vorhanden vielfältigen Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche zu investieren und weitere aufzubauen um möglichst allen Kindern frühzeitig einen Zugang zu öffentlichen und privaten, öffentlich geförderten Bildungseinrichtungen zu ermöglichen und für adäquat ausgebildetes und angemessen bezahltes Fachpersonal für die Förderung der Kinder und Jugendlichen zu sorgen, anstatt die Steuermittel den Eltern zu schenken. Bildungseinrichtungen, die Kindern und Jugendlichen in ihren Fähigkeiten gezielt fördern, stehen nur dann in Konkurrenz zur Fürsorge und Versorgung der Eltern, wenn an den Bildungseinrichtungen und deren Fachpersonal massiv gespart wird und gleichzeitig die elterliche Erziehung mit Steuergeldgeschenken begünstigt wird.

Wenn 6 Prozent der Jugendlichen keinen Schulabschluß haben, dann muß doch darüber diskutiert werden, welche Sofortmaßnahmen ergriffen werden müssen, um den Bildungsnotstand zu stoppen. Statt dessen gibt es monatelange Grundsatzdiskussionen von „professionellen“ Politikern, deren Argumente realitätsfern an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen vorbei gehen. Wenn der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz im Jahr 2013 auch tatsächlich umgesetzt werden soll und nicht nur ein Rechtsanspruch bleibt, dann muß das Geld sofort den Trägern zur Verfügung gestellt werden, die Bildungsangebote für Kinder anbieten können und entsprechend ausgebildetes und angemessen bezahltes Fachpersonal zur Verfügung haben. Wenn dann noch Geld übrig ist, dann kann es auch uneingeschränkt den Familien zur Verfügung gestellt werden, denn da ist es auf jeden Fall besser aufgehoben als wenn wir mit Steuergeldern Rüstung und Kriege finanzieren oder marode Banken sanieren.

Siglinde Cüppers

Zu bestellen bei: ComPress Verlag GmbH, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, Fax: 0201 24 86 484, www.unsere-zeit.de

SDAJ Info zur Ausbildungssituation:

Ohne Moos nix los ...

Auszubildende in Schleswig Holstein verdienen im Durchschnitt 556,15 Euro im Monat. Über 40 Prozent verdienen weniger als 500 Euro im Monat. Damit hat sich für viele der Wunsch nach einer eigenen Wohnung schnell zerschlagen. Denn auch hier geht die Preisspirale steil nach oben. Insbesondere für Ein-Zimmer-Wohnungen klettert der Quadratmeterpreis in astronomische Höhen und wer dann auch noch einigermaßen zentral wohnen will, kann sich das schon mal gleich abschminken. Aber auch andere Kosten explodieren: In den letzten Jahren nimmt der Anteil der Bücher, die wir in Schule und Berufsschule selbst bezahlen müssen immer mehr zu. Wenn dann auch noch Werkzeuge oder Arbeitskleidung im Betrieb von

uns getragen werden sollen, hört der Spaß endgültig auf. Und zu guter Letzt kommen dann die Kosten für den öffentlichen Nahverkehr dazu, ein ermäßigtes Monatsticket für Kiel kostet inzwischen 40,80 Euro. Große Sprünge kann man also auch als verdienender Jugendlicher nicht machen. Am Ende des Monats verrät der Blick aufs Konto meistens, dass es diesen Monat wohl doch wieder nichts mit Kinogehen, feiern oder einem langen Wochenende in einer anderen Stadt wird. Damit wir diesem Problem begegnen können, müssen wir es an der Wurzel packen! Zum Einen kann es nicht sein, dass immer mehr öffentliche Einrichtungen plattgemacht, die öffentliche Daseinsfürsorge privatisiert wird und Mietpreise in der Stadt ins Unendliche steigen.

Für junge Menschen ohne fetten Geldbeutel bestehen kaum noch Angebote, die nicht dem Profit von privaten Investoren dienen. Zum Anderen müssen wir in den Betrieben für bessere Ausbildungsvergütungen kämpfen, erst recht da Auszubildende häufig schon im ersten Ausbildungsjahr einem Betrieb mehr Nutzen als Kosten verursachen! Doch diese Kämpfe können wir nicht alleine führen und schon gar nicht alleine gewinnen, dazu braucht es eine starke Gewerkschaft, die uns eine Stimme gibt und konsequente Tariffkämpfe führt, damit wir nach der Hälfte des Monats immer noch genug Geld haben. Dazu braucht es starke Interessenvertretungen, die im Betrieb und in der Schule für eine bessere Ausbildungsqualität einstehen, damit wir lernen können, statt nur billige Arbeitskraft zu sein. Und es braucht die SDAJ, die in den Kämpfen eine Perspektive aufzeigt, damit wir irgendwann Ausbeutung zur Geschichte machen und unser Recht auf Wohnung, auf eine gute Ausbildung, auf ein Leben nach unseren Interessen durchsetzen können.

Daten zum alltäglichen Wahnsinn - Ausbildungsreport 2012

Man könnte glauben, bei dem Gerede vom Fachkräftemangel und demografischem Wandel müssten Azubis im Schlaraffenland leben. Das dem nicht so ist, zeigt der Ausbildungsreport der DGB Jugend für 2012. Der Anteil der Unternehmen die ausbilden ist wieder mal gesunken auf nur noch 22,5 Prozent. Da verwundert es nicht, dass nur 68,4 Prozent der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen auch einen bekommen. Allein im Jahr 2011 sind 300.000 Jugendliche in Maßnahmen des sogenannten »Übergangssystems« gelandet, also faktisch aufs Abstellgleis geschoben worden. Für die Glücklichen die einen Ausbildungsplatz ergattert haben, fängt der Spaß dann aber manchmal richtig an: 10,8 Prozent müssen immer oder häufig ausbildungsfremde Tätigkeiten machen, 8,2 Prozent haben gar keinen Ausbilder und für 38,1 Prozent sind regelmäßige Überstunden Alltag.

Resolution der Kommunarden

- In Erwägung unserer Schwäche machtet ihr Gesetze, die uns knechten soll'n die Gesetze seien künftig nicht beachtet in Erwägung, daß wir nicht mehr Knecht sein woll'n.
Refrain:
In Erwägung, daß ihr uns dann eben mit Gewehren und Kanonen droht haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben mehr zu fürchten als den Tod.
- In Erwägung, daß wir hungrig bleiben wenn wir dulden, daß ihr uns besteht wollen wir mal feststell'n, daß nur Fensterscheiben uns vom Brote trennen, das uns fehlt.
Refrain ...
- In Erwägung, daß da Häuser stehen während ihr uns ohne Bleibe laßt haben wir beschlossen, jetzt dort einzuziehen weil es uns in uns'ren Löchern nicht mehr paßt.
Refrain ...
- In Erwägung, es gibt zuviel Kohlen während es uns ohne Kohlen friert haben wir beschlossen, sie uns jetzt zu holen in Erwägung, daß es uns dann warm sein wird.
Refrain ...
- In Erwägung, es will euch nicht glücken uns zu schaffen einen guten Lohn übernehmen wir jetzt selber die Fabriken in Erwägung, ohne euch reicht's für uns schon.
Refrain ...
- In Erwägung, daß wir der Regierung was sie immer auch verspricht, nicht trau'n haben wir beschlossen, unter eig'ner Führung uns ein gutes Leben aufzubauen . In Erwägung, ihr hört auf Kanonen and're Sprachen könnt ihr nicht versteh'n müssen wir dann eben, ja das wird sich lohnen die Kanonen auf euch dreh'n.
Text: Bert Brecht Musik: Hanns Eisler

TERMINE

Mitgliederversammlung

z Donnerstag, 22. Nov., 19 Uhr
z Donnerstag, 13. Dez., 19 Uhr
z Donnerstag, 17. Jan., 19 Uhr
im Restaurant FEUERSTEIN,
Norderstraße 98, Flensburg

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg
Postfach 1401, 24904 Flensburg
Mail: dkp.flensburg@versanet.de

Redaktion: Ludwig Hecker (ViSdP)
Druck: Eigendruck

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Preis: 0,40 € (1 € incl. Versandkosten)

BLICKPUNKT liegt regelmäßig aus:
beim AstA der UNIVERSITÄT
OSSIEZKY-BUCHHANDLUNG
VOLKSBAD | HAFERMARKT
KAFFEEHAUS | VIVA | GALERIE
GRISOU | CAFÉ CENTRAL
PORTICUS | FEUERSTEIN

Spenden können überwiesen werden
auf das Konto 38551208 bei der
Postbank Hamburg, (BLZ 20010020),
Verwendungszweck: Blickpunkt